

Richard Stöss

Zu den Chancen von extrem rechten Parteien bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011*

Seit der Sarrazin-Debatte wird heftig über das Wählerpotenzial von Parteien am rechten Rand des Parteiensystems (ich bezeichne sie hinfort als "extrem rechte" Parteien) spekuliert. Im Herbst 2010 stimmten in einer bundesweiten Umfrage 61 Prozent den Thesen von Thilo Sarrazin zu und 18 Prozent konnten sich vorstellen, ihre Stimme einer "Sarrazin-Partei" zu geben. Eine andere Befragung schätzte damals das Wählerpotenzial für eine Partei rechts von der Union in Deutschland auf 20 Prozent. Und eine im Auftrag der "Berliner Zeitung" durchgeführte Untersuchung ergab, dass sich 24 Prozent der Berliner vorstellen könnten, eine "gegen den Islam gerichtete Partei" zu wählen. Angesichts dieser durchaus Besorgnis erregenden Stimmungen erscheint es angebracht, die allgemeinen Wahlchancen extrem rechter Parteien bei der bevorstehenden Abgeordnetenhauswahl nach den Erkenntnissen der Wahlforschung abzuschätzen. Prognosen über ihr tatsächliches Wahlergebnis verbieten sich derzeit allerdings.

ERFOLGSBEDINGUNGEN

Der Erfolg von Parteien hängt ganz allgemein von Angebot und Nachfrage auf dem Wählermarkt ab. Als Faustregel mag gelten: **Wenn massive Unzufriedenheit von nennenswerten Teilen der Bevölkerung keinen Ansprechpartner innerhalb des Systems findet, sucht sie sich systemkritische oder sogar systemfeindliche Plattformen, um sich Gehör zu verschaffen.**

Auf der **Angebotsseite** stehen vor allem die Programmatik der Parteien, ihre organisatorischen, finanziellen, kommunikativen und personellen Ressourcen sowie ihre Position im Parteienwettbewerb. Die - von den öffentlichen Diskursen geprägte - **Nachfrage** nach einzelnen Parteien wird durch die Wertorientierungen, Einstellungen und Meinungen der Bürger bestimmt. Kleine oder neue und damit eben auch extrem rechte Parteien können unter bestimmten Umständen auch bei geringer Ressourcenausstattung - jedenfalls vorübergehend - Wahlerfolge erzielen, wenn ihr politisch-programmatisches Angebot auf hinreichende Nachfrage stößt.

Das Wahlverhalten der Bürger lässt sich auch danach unterscheiden, ob es von kurzfristigen oder langfristigen Faktoren gesteuert wird. Bei den **langfristigen Faktoren** handelt es sich um mehr oder weniger feste Parteibindungen ("Parteiidentifikation") und ihnen vorgelagerte sozialstrukturelle Einflüsse. Die Bedeutung von Langfristfaktoren hat in der letzten Zeit allerdings generell abgenommen. Da sie für die Wahlentscheidung zugunsten von extrem rechten Parteien nur eine sehr geringe Rolle spielen, kann dieses Faktorenbündel hier vernachlässigt werden. Hinsichtlich der **kurzfristigen Faktoren** wird zwischen der **Kandidatenorientierung** und der **Issueorientierung** (Issues sind Sachfragen) unterschieden. Dabei geht es um die Bewertung von Personen und von politischen Sachfragen sowie um den proportionalen Einfluss beider Orientierungen auf das Wahlverhalten.

ISSUEORIENTIERUNGEN

Mit Blick auf die Issueorientierungen hängt die Wahlentscheidung von der relativen Wichtigkeit von Problemen und der Zuweisung von Problemlösungskompetenzen an die einzelnen Parteien ab. Eine Person wählt mit hoher Wahrscheinlichkeit die Partei, der sie die größte Kompetenz zur Lösung der von ihr als besonders wichtig erachteten Probleme zuweist. Für Wahlerfolge von neuen oder kleinen Parteien reicht das aber nicht aus. **Sie müssen eine gesellschaftlich relevante**

* Dieser Vortrag wurde in gekürzter Form auf der Sitzung des Berliner Beratungsnetzwerks am 23.2.2011 gehalten. Er bezieht sich ausdrücklich nur auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und nicht auf die zu den Bezirksverordnetenversammlungen.

Konfliktposition vertreten, durch die sie sich deutlich von den etablierten Parteien unterscheiden. Bei den extrem rechten Parteien handelt es sich dabei in erster Linie um die Ausländer- und Asylproblematik (Zuwanderung, "Islamisierung", Staatsbürgerschaft etc.), des Weiteren dann auch um die Innere Sicherheit (Terrorismus, Kriminalität, Korruption, Filz etc.). Wenn diese Probleme von größeren Teilen der Bevölkerung als besonders wichtig eingestuft werden, wenn die Rechtsaußen-Parteien als vorrangige Sachwalter dieser Probleme gelten und ihnen zur Lösung dieser Probleme besondere Kompetenzen zugeschrieben werden, dann wachsen ihre Erfolgsaussichten.

Der Asylkompromiss 1992/93

Seit der deutschen Einheit gab es nur eine kurze Zeitspanne, in der die Ausländer- und Asylproblematik den höchsten Stellenwert im Problemhaushalt der Nation einnahm und der extremen Rechten diesbezüglich gewisse Lösungskompetenzen zugewiesen wurden: während der Asyldebatte 1992/93. Zwischen 1990 und 1992 wurden etwa 900.000 Asylanträge in der Bundesrepublik gestellt. Daher sprachen sich Anfang 1992 drei Viertel der Bundesbürger für eine Beschränkung des im Grundgesetz gewährleisteten Asylrechts aus. Extrem rechte Gruppierungen hatten sich schon seit vielen Jahren für eine Abschaffung oder wenigstens doch für eine rigide Beschneidung des Asylrechts ausgesprochen und dies auch zum Thema von Wahlkämpfen gemacht. Damals erreichten die Republikaner in Umfragen deutschlandweit bis zu sieben Prozent Zustimmung. 1992 zogen sie mit 15 Mandaten in den Landtag von Baden-Württemberg ein (10,9%) und die DVU erlangte sechs Sitze im Landtag von Schleswig-Holstein (6,3%). SPD, FDP und Grüne hatten sich lange Zeit gegen eine Einschränkung des Asylrechts ausgesprochen. Im Sommer 1992 revidierte die SPD jedoch ihre Haltung und erklärte sich mit einer Änderung des Grundgesetzes einverstanden. Mit der Verabschiedung des Asylkompromisses durch CDU/CSU, FDP und SPD Ende 1992 und dem Inkrafttreten der Asylrechtsreform im Sommer 1993 verdrängte die Arbeitslosigkeit wieder das Ausländer- und Asylthema von Platz 1 der Problemliste. **Die Umfragewerte der Republikaner verschlechterten sich fortan rapide, weil ihnen zwar eine gewisse Kompetenz zur Lösung des Ausländer- bzw. Asylproblems, nicht aber für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zugesprochen wurde.** Außerdem sank die Zahl der Asylbewerber fortan kontinuierlich. 2006 wurden noch 30.000 Anträge gestellt, von denen auch nur etwa ein Prozent bewilligt wurde.

Die Hessenwahl 1999

Eine andere Konstellation ergab sich bei der - von der seit 1998 amtierenden rot-grünen Bundesregierung geplanten - Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Dabei handelte es sich ebenfalls um ein wichtiges innenpolitisches Konfliktthema. Drei Wochen vor der hessischen Landtagswahl (Februar 1999) startete die dortige CDU eine Unterschriftenkampagne gegen die von der Bundesregierung beabsichtigte Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Dadurch kam es zu einem hoch emotionalisierten Wahlkampf, insbesondere zu einer heftigen Konfrontation zwischen der rot-grünen Landesregierung unter Hans Eichel und der von Roland Koch geführten rechtskonservativen CDU-Opposition. Dass in Folge der Wahl ein Machtwechsel zugunsten einer schwarz-gelben Koalition stattfand, lag zwar nicht nur daran, dass der CDU in der Ausländerpolitik mehr Kompetenz zugeschrieben wurde als der SPD, aber die Debatte über die Unterschriftenkampagne dominierte die öffentlichen Diskurse. Und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnte das rot-grüne Modell einer doppelten Staatsbürgerschaft ab. Davon konnten aber weder die Republikaner noch die NPD profitieren, obwohl es ihr Kernthema war, das den Wahlkampf prägte. Erstere verbesserten sich gegenüber der Vorwahl nur von 2,0 Prozent auf 2,7 Prozent, letztere verschlechterte sich sogar von 0,3 Prozent auf 0,2 Prozent. **Denn beide Parteien vertraten in dem stark polarisierten Wahlkampf - anders als die Republikaner 1992/93 - keine eigenständige Konfliktposition.** Es reicht also für einen Wahlerfolg der extrem rechten Parteien nicht aus, dass sie ein Problem kompetent thematisieren, das von der Bevölkerung als besonders wichtig bewertet wird, sie müssen diesbezüglich auch einen originären Standpunkt im Parteienwettbewerb vertreten.

Issueorientierungen in Berlin

In Berlin werden die extrem rechten Parteien gegenwärtig nicht durch die Problemprioritäten der Bevölkerung begünstigt: An erster Stelle der vordringlich zu lösenden Probleme steht "Verkehr/S-Bahn" gefolgt von "Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkt", an dritter Stelle kommt "Bildung/Schule/Ausbildung" und viertens schließlich, weit abgeschlagen, "Haushaltslage" ("Berlin Trend" für RBB und Berliner Morgenpost vom Januar 2011). Diese Themen liegen außerhalb des traditionellen ideologisch-programmatischen Repertoires der extremen Rechten, dafür bietet sie keine speziellen Lösungen an und dafür werden ihr auch keine Kompetenzen zugewiesen. **Von einer gesellschaftlich relevanten Konfliktposition, durch die sie sich deutlich von den etablierten Parteien unterscheiden, kann schon gar nicht die Rede sein.** Mit Blick auf die derzeitige Issueorientierung der Bevölkerung sind die Wahlchancen der extrem rechten Parteien in Berlin also gering.

Rechtsextreme Einstellungen (in Berlin je nach Erhebungsmethode zwischen sieben und 14 Prozent) schlagen sich übrigens nicht automatisch, sondern nur unter den genannten und noch zu benennenden Bedingungen in der Wahl von extrem rechten Parteien nieder. Normalerweise wählen Personen mit derartigen Einstellungen eine der etablierten Parteien oder beteiligen sich nicht an der Wahl. Umgekehrt werden extrem rechte Parteien auch nicht nur von Personen mit rechtsextremen Einstellungen gewählt.

Die Sarrazin-Debatte

Im Zusammenhang mit den Issueorientierungen der Bevölkerung ist noch auf die Sarrazin-Debatte einzugehen. Verschiedentlich wurde die Befürchtung geäußert, dass damit massive fremdenfeindliche, insbesondere islamkritische oder antiislamische Stimmungen zum Ausbruch gelangt seien, wodurch extrem rechte Parteien begünstigt würden. Richtig ist, dass durch diese Debatte das Problemfeld "Ausländer/Zuwanderung" in den Augen der Bundesbürger rasch und dramatisch an Bedeutung gewonnen hat. Nach den Umfragedaten der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) für das ZDF-Politbarometer war dieser Themenbereich noch bis zum Juli 2010 bedeutungslos. Im August nannten vier Prozent der Befragten "Ausländer/Zuwanderung" als besonders wichtiges Problem, in der ersten Septemberhälfte waren es bereits 23 Prozent und in der zweiten Oktoberhälfte sogar 33 Prozent. Damit war dieser Themenbereich kurz hinter die "Arbeitslosigkeit" auf die zweite Stelle der Problemprioritäten der Bundesbürger vorgerückt. Fortan sank der Wert allerdings kontinuierlich bis auf sechs Prozent in der ersten Februarhälfte 2011. Nach wie vor steht derzeit die "Arbeitslosigkeit" - nun aber wieder mit deutlichem Abstand - an der Spitze der Problemprioritäten. **In den Monaten September und Oktober des vergangenen Jahres gab es bei der "Sonntagsfrage" jedoch keine Anzeichen dafür, dass die extrem rechten Parteien von dem islamkritischen Sarrazin-Hype profitiert haben.**

Nach den Befragungsergebnissen von FGW/ZDF bestand in der Bundesrepublik nämlich über alle politischen Lager hinweg ein Konsens, dass das Zusammenleben mit Muslimen nicht gut funktioniert. Diese Meinung äußerten im Oktober 2010 60 Prozent der FDP-Anhänger und 47 Prozent der Anhänger der Grünen (Spannweite). **Die extreme Rechte verfügte diesbezüglich also über kein Alleinstellungsmerkmal.** Gleichzeitig vertraten 52 Prozent der Befragten die Ansicht, dass Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten erleichtert werden sollte, wenn Arbeitskräfte bei uns gebraucht werden. Die "Sarrazin-Debatte" schürte also keine "Ausländer raus!" - Stimmung, sie legte lediglich die **weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem Stand der Integration von Zuwanderern** frei. Daher erachteten auch rund 40 Prozent der Bundesbürger die Debatte als hilfreich für das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern.

Dass bei den Problemprioritäten der Berliner Bevölkerung der Themenbereich "Ausländer/Zuwanderung" derzeit keine Rolle (mehr) spielt, entspricht dem Bundestrend. Auch in der Hauptstadt stießen die Thesen von Sarrazin auf ein geteiltes Echo (Zustimmung 47%, Ablehnung 49%), im Detail fielen die Bewertungen aber sehr differenziert aus. Der "Berlin Trend" vom September 2010 enthielt folgende Frage: "Thilo Sarrazin vertritt die Meinung, die Zuwanderung von

Muslimen bringe Deutschland mehr Nachteile als Vorteile. Stimmen Sie dieser Aussage zu?" 16 Prozent stimmten voll und ganz zu, 31 Prozent stimmten eher zu, 23 Prozent stimmten eher nicht zu und 26 Prozent waren ganz und gar nicht seiner Meinung. Obwohl mir dazu keine Umfrageergebnisse vorliegen, darf doch vermutet werden, dass es auch in Berlin vorrangig um den unbefriedigenden Zustand der Ausländerintegration ging bzw. geht und dass sich die Bevölkerung diesbezüglich energischere Anstrengungen und effektivere Maßnahmen wünscht(e). Derartige Erwartungen dürften sich jedoch kaum an die Parteien der extremen Rechten richten.

DIE BEDEUTUNG VON SPEZIELLEN EREIGNISSEN FÜR DIE WAHLCHANCEN VON EXTREM RECHTEN PARTEIEN

Die Nachfrage nach extrem rechten Parteien auf dem Wählermarkt kann auch infolge von plötzlich eintretenden Ereignissen stimuliert werden, die ein Thema oder eine Problematik schlagartig in den Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses rücken, bislang nur latent vorhandene Stimmungen bis hin zu einem eruptiven Ausbruch verstärken und damit das Meinungsklima insgesamt verändern. Da dadurch schon ein Mal eine extrem rechte Partei in das Abgeordnetenhaus von (West-)Berlin eingezogen ist, sei dieser Fall kurz in Erinnerung gerufen:

Bei der Abgeordnetenhauswahl am 29. Januar 1989 in Berlin erreichte der marode und bis Anfang Januar öffentlich kaum in Erscheinung getretene Landesverband der Republikaner aus dem Stand 7,5 Prozent der Zweitstimmen und damit 11 Mandate (und weitere 36 in den Bezirksverordnetenversammlungen). Überraschende Publizität verschafften der Partei zwei Ereignisse. Erstens die öffentliche Auseinandersetzung über einen rassistischen TV-Wahlspot im Sender Freies Berlin. Die erneute Ausstrahlung dieses Spots am 19. Januar wurde vom Intendanten des SFB untersagt, von den Republikanern dann aber gerichtlich erzwungen. Damit stieß er auf das breite Interesse einer neugierigen Öffentlichkeit. Zweitens eine Wahlkampfveranstaltung der Republikaner am 18. Januar. Dagegen protestierten rund 10.000 Personen. Vor dem von der Polizei abgeriegelten Veranstaltungsort (ICC) kam es zu außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizisten. Etwa 100 Beamte und eine unbekannte Anzahl von Demonstranten wurden verletzt. Auch die Debatte über den Polizeieinsatz und über das Vorgehen des für die Demonstration verantwortlichen breiten Bündnisses (AL, Gewerkschaften, Jusos, SEW, SPD, VVN) entwickelte sich zu einem zentralen Thema in dem ansonsten langweiligen Wahlkampf, dessen Ergebnis nach allseitiger Erwartung von vornherein festzustehen schien (Fortbestand der Koalition aus CDU und FDP). **Plötzlich war allerdings eine Problematik auf die Tagesordnung gelangt, die die etablierten Parteien völlig vernachlässigt und für die sie auch keine Lösungen parat hatten.** Der überraschende Wahlsieg der Republikaner ging übrigens Hand in Hand mit starken Verlusten der CDU und dem Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde. Den neuen Senat bildete nun eine Koalition aus SPD und AL.

Derartige Ereignisse könnten theoretisch auch den bevorstehenden Berliner Wahlkampf und damit die Wahlchancen der extrem rechten Parteien beeinflussen. Sie sind allerdings nicht vorhersagbar, und daher kann hier über die Folgen nur spekuliert werden. Ein terroristischer Anschlag von islamistischen Fundamentalisten beispielsweise dürfte vor allem das Problem der Inneren Sicherheit zu einem Thema der Wahlkampfkommunikation machen. Extrem rechte Parteien könnten davon aber nur profitieren, wenn dieses Problem von der Bevölkerung mit einer hohen Priorität versehen und den etablierten Parteien diesbezüglich völliges Versagen vorgeworfen wird (nur dann verfügten die extrem rechten Parteien über eine klare Konfliktposition). Dies ist allerdings wenig wahrscheinlich, denn bislang hat noch niemand den für die Innere Sicherheit zuständigen Behörden vorgehalten, sie vernachlässigten die Terrorismusprävention. Vielmehr berichten die Medien ausführlich über die Maßnahmen der Behörden, und bei erhöhter Gefahrenlage ist die Polizeipräsenz für alle deutlich wahrnehmbar. Daher zählt die Innere Sicherheit in den Augen der Bevölkerung derzeit auch nicht zu den vorrangig zu lösenden Problemen. Auch wenn durch einen terroristischen Anschlag die Verbreitung von islamkritischen oder -feindlichen Einstellungen weiter zunehmen sollte, verbessert das aus den bereits genannten Gründen nicht zwangsläufig die Wahlchancen der extrem rechten Parteien. Außerdem dürfte es ihnen schwer fallen, ihre zentralen Forde-

rungen (Begrenzung oder Stopp der Zuwanderung, Ausweisung von kriminellen Ausländern, Moscheebau-, Minarett-, Kopftuch- oder Burkaverbot etc.) als geeignete Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung auszugeben.

KANDIDATENORIENTIERUNGEN

Die Bedeutung der Kandidatenorientierung wird in der Rechtsextremismusforschung zumeist stark überbewertet, vor allem seit dem das Populismuskonzept Eingang in die Rechtsextremismusforschung gefunden hat. Damit verbindet sich die Vorstellung, dass eine Partei oder Gruppierung durch eine eloquente und charismatische Persönlichkeit beherrscht und repräsentiert wird. Bei diesem "Führer" handele es sich um eine Mischung aus Rebell und Rattenfänger, der dem Volk angeblich "aufs Maul" schaut und dessen Unzufriedenheit und Ängste demagogisch und medial versiert gegen Fremdgruppen, gegen die vermeintlich korrupten politische Eliten ("Bonzen") und gegen das "morsche" und "volksfeindliche" System mobilisiert. In ideologischer Hinsicht haben sich diese Rechtspopulisten zumeist aber als besonders flexibel und als sehr anpassungsfähig an den sich wandelnden Zeitgeist erwiesen. Darauf basiert die häufig zu vernehmende These, dass extrem rechte Parteien Schwächen in Sachen Programmatik und Kompetenz durch populistische Zugpferde ausgleichen können.

Allenthalben ist zu hören und zu lesen, dass die extreme Rechte in Deutschland wesentlich erfolgreicher wäre, wenn es hierzulande einen Jörg Haider, einen Jean-Marie Le Pen oder einen Geert Wilders gäbe. Dabei wird übersehen, dass weder Franz Schönhuber noch Roland B. Schill - beides talentierte Rechtspopulisten - in der Lage waren, ihre temporären Wahlerfolge zu verstetigen; sie fungierten ja dann auch bald als Totengräber ihrer Parteien. Es sei auch daran erinnert, dass die FPÖ unter Jörg Haider 2002 von 26,9 Prozent auf 10,0 Prozent abstürzte und dass es Le Pen mit seinem Front National (FN) 2007 nur auf magere 4,3 Prozent brachte gegenüber 11,3 Prozent bei der Wahl 2002. **Die Existenz von populistischen Parteiführern stellt für sich genommen also keine Garantie für gute Wahlergebnisse dar.**

Zudem beruhten die Wahlerfolge der Republikaner und der Schill-Partei nur teilweise auf der Zugkraft ihrer Vorsitzenden. Die Wahlerfolge der Grünen oder der Linkspartei basierten sogar nur in Ausnahmefällen auf attraktivem Spitzenpersonal. Generell profitieren die Parteien in erster Linie von ihrer Programmatik und ihrer Sachkompetenz. Bei der Bundestagswahl 2005 gaben beispielsweise 17 Prozent aller Wähler aber nur acht Prozent der Wähler der NPD an, dass sie ihre Wahlentscheidung von den Kandidaten abhängig gemacht hätten. Als Ausschlag gebend für ihr Verhalten nannten 56 Prozent aller Wähler Sachfragen. Bei den NPD-Wählern waren es im Westen 58 Prozent und im Osten sogar 74 Prozent (Wahlreport 2005 Infratest dimap).

Persönlichkeitseigenschaften des Spitzenpersonals spielen beim Wahlverhalten im Vergleich zu Sach- und Kompetenzfragen generell eine nachgeordnete Rolle. Wahlerfolge sind durchaus auch ohne populäre Zugpferde möglich (wie etwa bei der Wahl in Sachsen-Anhalt 1989, wo die "kopfloose" DVU 12,9% erreichte). Insgesamt sollte die Bedeutung von populistischen Parteiführern also nicht überbewertet werden. Sie dürften aber für die Wahlchancen von extrem rechten Parteien wichtiger sein als für die übrigen Parteien.

Die geringe Wertschätzung der Spitzenkandidaten seitens der NPD-Wähler und ihre Präferenz für Sachfragen bei der Bundestagswahl 2005 mögen darauf beruht haben, dass die Partei damals keine populären oder gar charismatischen Persönlichkeiten im Angebot hatte. Allein damit lässt sich ihr dürftiges Wahlergebnis (1,6%) aber schwerlich erklären. Auch für Berlin gilt, dass die Sprecher der extrem rechten Kleinparteienvielfalt Uwe Meenen (NPD), Manfred Rouhs (PRO-Bewegung) und René Stadtkewitz (Die Freiheit) kaum über populistische Fähigkeiten verfügen. **Die Wahlchancen der Rechtsaußen-Parteien werden dadurch nicht prinzipiell geschmälert, wohl aber dadurch, dass sie sich nicht nur mit den alteingesessenen Parteien sondern auch untereinander im Wettbewerb befinden.**

Um die begrenzte Wirkung des Kandidateneffekts bei Wahlen zu verdeutlichen, soll der Erfolg eines Rechtspopulisten genauer unter die Lupe genommen werden, der als Prototyp dieser Spezies derzeit auch bei Teilen der extremen Rechten in Berlin hoch im Kurs steht: Geert Wilders. Die Ursachen für seine beträchtlichen Wahlergebnisse erschließen sich allerdings erst vollständig, wenn auch die Leistungen seines Wegbereiters Pim Fortuyn berücksichtigt werden.

DAS BEISPIEL GEERT WILDERS

Die Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen dürfte in den Niederlanden grosso modo genauso groß sein wie in Deutschland, und dort fielen die Wahlergebnisse extrem rechter Parteien vor der Jahrtausendwende auch genauso bescheiden aus wie in Deutschland, obwohl das niederländische Wahlrecht keine Sperrklausel kennt (ab etwa 0,6% der Stimmen nehmen alle Parteien an der Mandatsverteilung teil). Aber anders als Deutschland betrieben die Niederlande zunächst eine ausgesprochen tolerante Integrationspolitik. Dort herrschte ein multikultureller Konsens mit weit reichenden Gleichberechtigungs- und Antidiskriminierungsvorschriften, der einmalig in Europa war. Auch taten sich die Niederländer wesentlich leichter mit dem Verbot von rechtsextremen Parteien als die Deutschen.

Als in den Niederlanden unmittelbar nach dem Anschlag islamistischer Terroristen in den USA am 11. September 2001 mehrere Brandanschläge auf Moscheen und islamische Einrichtungen stattfanden, wurde deutlich, dass es sich bei dem multikulturellen Konsens vor allem um einen Konsens unter den politischen Eliten handelte und dass sich im Zuge der verstärkten Zuwanderung und der mangelhaften Integration von Immigranten unterschwellig ein erhebliches Potenzial an fremdenfeindlichen Haltungen angestaut hatte. Hinzu kam, dass die seit 1994 amtierende sozialliberale Koalition mit Zustimmung der Sozialpartner die Staatsverschuldung durch neoliberale Maßnahmen merklich senkte. Das auf der niederländischen Konkordanzdemokratie fußende "Polder-Modell" bewirkte allerdings eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit den Folgen der Privatisierungs- und Sparpolitik. Überall im Land entstanden lokale Parteien, die die Qualität der öffentlichen Dienste bemängelten, die Lebensbedingungen der Menschen durch die Einführung basisdemokratischer Verfahren verbessern wollten und sich dann auch gegen das "Polder-Modell", also gegen Parteienkartelle und korporatistische Strukturen, richteten.

Es war Pim Fortuyn, der beide Tendenzen, die wachsende Fremdenfeindlichkeit und die Bürgerproteste für "lebenswerte Niederlande", ideologisch-programmatisch zusammenführte und politisch effektierte. Er bezeichnete die herrschende Klasse als eine Kaste aus Parteien, Gewerkschaften und Unternehmen, die sich dem Volk längst entfremdet habe und nur noch ihren eigenen Interessen nachgehe. Er kritisierte die ausufernden Bürokratien in allen gesellschaftlichen Bereichen, im Staat und in der Europäischen Union, die nur auf die Vermehrung ihrer Macht ausgerichtet seien und die Bedürfnisse des Volks völlig vernachlässigten. Dies machte er unter anderem an der Einwanderungs- und Asylpolitik, insbesondere an der angeblichen Islamisierung der Großstädte, fest und forderte eine Beschränkung der Einwanderung, Zwangsintegrationsmaßnahmen für Immigranten und die Streichung des Diskriminierungsverbots aus der niederländischen Verfassung. Fortuyn verfügte aber nicht nur über eine originäre gesellschaftspolitische Alternative zur bestehenden politisch-kulturellen und wirtschaftlich-sozialen Ordnung, er war auch ein charismatischer Politiker und begnadeter Kommunikator. Er artikulierte mit wachsender Resonanz in der Öffentlichkeit, was lange Zeit als politisch inkorrekt galt und polarisierte dadurch die niederländische Gesellschaft.

Die von ihm gegründete Lijst Pim Fortuyn (LPF) wurde bei den Parlamentswahlen 2002 mit 17 Prozent und 26 Mandaten zweitstärkste Partei. Ursächlich dafür dürfte auch seine Ermordung durch einen fanatischen Tierschützer kurz vor der Wahl gewesen sein. Die LPF trat in eine Mitte-Rechts-Regierung unter dem Christdemokraten Jan Peter Balkenende (CDA) ein, zerstritt sich sogleich aber so heftig über innerparteiliche Machtfragen, dass die Koalition bereits 2003 zerbrach. Bei den Neuwahlen rutschte die LPF auf 5,7 Prozent ab und zerlegte sich daraufhin vollends.

Der Erfolg von Fortuyn beruhte vor allem darauf, dass er über eine dezidierte Konfliktposition gegenüber den etablierten Parteien verfügte. Dass die LPF scheiterte, lag daran, dass es ihrem Gründer und Mentor nicht möglich war, seine erst kurz vor der Wahl 2002 ins Leben gerufene Liste in eine stabile Mitgliederorganisation mit verlässlicher Binnenstruktur, geregelter innerparteilicher Willensbildung und mit einem ideologisch-programmatischen Grundkonsens zu verwandeln.

Nach der Wahl 2002 schwächte sich der multikulturelle Konsens unter den Eliten etwas ab, die Regierung Balkenende steuerte nun einen restriktiveren Kurs in der Ausländer- und Asylpolitik, während sich das linke und liberale Bürgertum eher für bessere Integrationsmaßnahmen einsetzte. Die islamfeindliche Stimmung unter den Niederländern schwächte sich dadurch aber nicht ab, mit der Selbstdemontage der LPF hatte sie allerdings ihren Ansprechpartner im parlamentarisch-politischen System verloren.

Nach der Ermordung des Filmemachers Theo van Gogh Anfang November 2004 durch einen islamistischen Fanatiker schwoll die politische Polarisierung in den Niederlanden wieder an. Es kam zu einer Serie von Anschlägen gegen islamische Einrichtungen, gleichzeitig wurden aber auch christliche Kirchen und Schulen zu Opfern von Übergriffen. Während die Regierung die Einwanderungs- und Asylpolitik weiter verschärfte und eine rigide Abschiebepolitik betrieb, nahm die illegale Einwanderung vor allem aus Marokko zu.

In dieser Situation schickte sich Geert Wilders an, in die Fußstapfen von Fortuyn zu treten. Der selbsternannte Freiheitskämpfer gegen einen "Islam-Tsunami" in den Niederlanden verglich den Koran mit Hitlers "Mein Kampf", forderte einen Einwanderungsstopp, einen Baustopp für Moscheen und die Schließung als radikal geltender Moscheen, und er sprach sich für eine Sondersteuer auf das Tragen von Kopftüchern aus.

Kurz vor den Parlamentswahlen 2006 gründete er die Partei für die Freiheit (PVV), die es zunächst nur auf knapp sechs Prozent brachte. Bei der Europawahl 2009 steigerte sich die PVV auf 17,0 Prozent und bei der Parlamentswahl 2010 wurde sie mit 15,5 Prozent drittstärkste politische Kraft in den Niederlanden. Sie toleriert derzeit eine Koalition aus der rechts- bzw. marktliberalen VVD, die auch den Ministerpräsidenten Mark Rutte stellt, und der christdemokratischen CDA.

Der Aufstieg von Wilders und seiner PVV lässt sich nicht allein mit seinem antiislamischen Populismus erklären. **Wie weiland Fortuyn entwickelte er eine eigenständige Konfliktposition gegenüber den anderen Parlamentsparteien.** Dabei kam ihm zur Hilfe, dass Balkenende nach den Wahlen 2006 eine Koalition aus Christdemokraten (CDA), Christen-Union (CU) und der sozialdemokratischen Arbeitspartei (PvdA) bildete. Das Integrationsministerium übernahm Eberhard van der Laan (PvdA), der ausländerpolitisch vor allem auf Integration setzte. Wilders geht es jedoch nicht um Integration, er ist gegen Zuwanderung, für Abschiebung und Assimilation. Der Islam stellt in seinen Augen eine fundamentale Bedrohung der westlichen Werteordnung dar, weil er die Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit bekämpfe und faschistisches Gedankengut verbreite. Einen "moderaten Islam" gäbe es nicht und könne es auch gar nicht geben, und daher müssten alle Integrationsbemühungen scheitern. **Wilders beruft sich auf die liberalen Traditionen der Niederlande und gibt sich mit seiner harschen Islamfeindschaft nachgerade als deren Sachwalter und damit als Retter der niederländischen Identität aus.** Und er verbindet seine Islamfeindschaft mit der Lösung sozialer Probleme und der Gewährleistung von Innerer Sicherheit. Das Geld für die auf Integration der Immigranten gerichteten Programme könne besser für die Lösung der Verkehrsprobleme, der Wohnungsnot oder für soziale Fürsorge verwandt werden. Daher lehnte er auch öffentlichkeitswirksam die von der Regierung geplante Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre ab. Im Kommunalwahlkampf 2010 schlug die PVV allen Ernstes die Schaffung einer Hilfspolizei ("Stadscommandos") vor, um die Sicherheit auf den Straßen zu gewährleisten. Seine angeblich liberale Gesinnung dokumentiert Wilders auch dadurch, dass er sich verbal gegenüber Rechtsextremisten abgrenzt und Skinheads und Neonazis durch seinen ostentativen Philosemitismus von der Partei fernhält.

Auch Wilders ist ein begnadeter Populist, ein international gefragter Versammlungsredner und ein pfiffiger Eventmanager. Seine medienwirksamen Auftritte und Aktivitäten werden allerdings durch das ungeschickte Verhalten der übrigen Parteien, der Justiz und der Presse aufgewertet. Abgesehen von der rechtsliberalen VVD (deren Mitglied Wilders bis 2004 war) distanzieren sich die Führungsgruppen aller Parteien zwar mehr oder weniger deutlich von den Zielen des PVV-Chefs, üben aber - bis auf die Linksliberalen und die Grünen - keine substantielle Kritik an seinem antimuslimischen Rassismus. Ende 2007 erzielte Wilders mit seinem fünfzehnminütigen Anti-Islam-Film "Fitna" weltweite Resonanz. Als er ihn im Februar 2009 in Großbritannien präsentieren wollte, verweigerten ihm die britischen Behörden in Gegenwart einer beträchtlichen Journalistenschare die Einreise. Dies empörte selbst die Kritiker von Wilders und war lange Zeit eines der wichtigsten Medienthemen in den Niederlanden. Die Publizität von Wilders wird auch durch einen Prozess gegen ihn befördert, der sich seit Januar 2010 mit Unterbrechungen (auch wegen des Wahlkampfes) von Panne zu Panne dahinschleppt und teilweise sogar live im Fernsehen übertragen wurde. Die Anklage lautet auf Anstachelung zum Hass gegen Ausländer und Diskriminierung von Muslimen. Die Staatsanwaltschaft hatte anfangs die Eröffnung eines Verfahrens abgelehnt, wurde dazu aber vom Amsterdamer Obergericht gezwungen. Zwischenzeitlich plädierte sie dann auch folgerichtig für Freispruch. Im Oktober platzte die erste Prozessrunde wegen der Befangenheit von Richtern. Derzeit wird geprüft, ob der Prozess in Folge einer Anfechtungsklage der Anwälte von Wilders eingestellt werden kann.

Wilders nutzt diesen "Schauprozess" jedenfalls geschickt als Tribüne zur Verteidigung der Meinungsfreiheit und zur Verbreitung seiner Weltanschauung. Politisch hat er viele seiner Ziele in dem mit der VVD und der CDA geschlossenen Duldungsvertrag umgesetzt: Die Einwanderung aus nicht-westlichen Ländern soll um die Hälfte, die Aufnahme von Asylbewerbern um ein Viertel gekürzt werden. Weiterhin ist ein Burkaverbot geplant und das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Gebäuden soll untersagt werden. Straffällig gewordene Ausländer sollen abgeschoben werden und die Polizei erhält 3.000 zusätzliche Stellen zur Kriminalitätsbekämpfung. Außerdem sollen die Beiträge der Niederlande für die EU und die Entwicklungshilfe reduziert werden, um den Haushalt zu sanieren. Die Mittel für die Altersfürsorge sollen aufgestockt und das Rentenalter nur auf 66 Jahre erhöht werden.

Die Wahlerfolge von Wilders (und Fortuyn) sind nur möglich geworden, **weil ihre populistischen Kommunikationsstrategien und ihre rhetorischen Fähigkeiten mit einer dezidierten Konfliktposition konvenierten, für die erhebliche Nachfrage auf dem Wählermarkt bestand** (und wohl auch noch besteht). Diese Konfliktposition gründete sich auf die Tatsache, dass die Einwanderungspolitik des niederländischen Establishments lange Zeit einseitig auf Multikulturalismus und Toleranz gegenüber Minderheiten ausgerichtet war. Unter den politischen Eliten fand nicht einmal eine Diskussion über mögliche Gefahren (vor allem drohende Desintegrationstendenzen) dieses Modells statt, das sogar europaweit als vorbildlich dargestellt wurde. Daher fanden die wachsenden Ängste vor Überfremdung, Identitätsverlust und Kriminalität in der Bevölkerung keine Beachtung. Diese verstärkten sich mit der Zunahme von wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu primär gegen Muslime gerichteten fremdenfeindlichen Haltungen, die keinen Ansprechpartner innerhalb des (Parteien-)Systems fanden und sich daher gegen das System richteten.

Vergleicht man den Einfluss von Kandidatenorientierungen und Issueorientierungen auf das Wahlverhalten der Niederländer, **dann dürfte sich die Nachfrage überwiegend auf die zu einer originären Konfliktposition verdichteten Sachfragen gerichtet haben**. Die Personalisierung dieser Konfliktposition durch Fortuyn und Wilders mag einen wichtigen Beitrag zu den Wahlergebnissen von LPF und PVV geleistet haben, vorrangig war sie jedoch nicht.

FAZIT

Die Erfolgsbedingungen von extrem rechten Parteien hängen hauptsächlich von den Kandidatenorientierungen und den Issueorientierungen der Bevölkerung ab. Zwischen beiden besteht ein enger Zusammenhang, aber sie sind mit Blick auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Wählermarkt nicht gleichgewichtig. Die Nachfrage besteht vorrangig nach alternativen politischen Inhalten. Sie kann durch charismatische Persönlichkeiten mobilisiert und verstärkt, aber nicht generiert werden.

Die extreme Rechte in Berlin bedient weder die Issueorientierungen noch die Kandidatenorientierungen der Bevölkerung. Vor allem verfügt sie nicht über eine spezielle Konfliktposition im politischen bzw. im Parteiensystem.

Denn anders als in den Niederlanden findet hierzulande innerhalb des politischen Systems eine intensive, aber mittlerweile nur noch mäßig polarisierte Debatte über Einwanderungs- und Integrationsprobleme statt. Die Reformen des Asylrechts (1992) und des Staatsangehörigkeitsrechts (1999) erfolgten als Kompromisse zwischen damals noch stark divergierenden Positionen. Seitdem stoßen "Kinder statt Inder" - Kampagnen kaum noch auf Resonanz, und auch die Debatte über die deutsche Leitkultur ist mittlerweile Geschichte. In den derzeitigen Wahlkämpfen spielen Fragen der Zuwanderung und der Integration allenfalls eine periphere Rolle, und auch im Berliner Wahlkampf dürften andere Themen im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen stehen, wie etwa die wirtschaftliche Lage, die Verkehrsinfrastruktur oder die Bildung.

Die Absenz von charismatischen Persönlichkeiten ist für die Wahlergebnisse der extrem rechten Parteien in Berlin weniger bedeutsam, allerdings können sie ihre ideologisch-programmatischen Defizite auch nicht durch ihr personelles Angebot ausgleichen.

Die situativen Bedingungen im Vorfeld der Wahlen sind zwar nicht kalkulierbar. Allerdings darf angesichts der genannten Schwächen der extremen Rechten bezweifelt werden, dass sie von möglicherweise eintretenden einschlägigen Ereignissen in nennenswertem Umfang profitiert.

Insgesamt sind die Wahlchancen der extrem rechten Parteien bei der kommenden Abgeordnetenhauswahl also derzeit als sehr gering einzuschätzen.

Prof. Dr. Richard Stöss (i.R.)

Freie Universität Berlin - Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Ihnestr. 21, 14195 Berlin

Internet: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/mitarbeiter/stoess/index.html>

E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de